

Agenda



Atomausstieg ist zwingend

Von Daniel Vischer

Das war eine deutliche Manifestation der alten und neuen Stärke der Antiatomkraftbewegung in der Schweiz. Die Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» knüpfte nahtlos an Kaiseraugst 1974 und Gösigen 1977 sowie nach Tschernobyl 1986 an. Wobei das Gefühl entstand, es sei noch nicht das ganze Potenzial ausgeschöpft worden. Aber 20 000 Menschen an einem Sonntag auf einem Feld mitten im Kanton Aargau abseits der Mittellandachse, herangereist aus der ganzen Schweiz mit Sonderzügen dank Sondereffort der SBB: das wird auch der Bundesrat nur als klaren Wink für die Macht der Bewegung für den Atomausstieg zur Kenntnis nehmen können.

Selbst Bundesratsmitglieder, die sonst lieber auf Economiesuisse hören, müssen einsehen, dass die Zeit des Atomstaats abgelaufen ist. Der Druck der Atomlobby ist zwar gross, sie ist im Parlament gut verankert, versucht zu retten, was zu retten ist. Da neue AKW nach Fukushima jetzt nicht durchzusetzen sind, spielen Economiesuisse, Axpo und Co. auf Zeit. Man dürfe sich durch voreilige Entscheidung – endgültige Absage an neue AKW – nichts verbauen. Sie hoffen, dass es so kommt wie nach Tschernobyl, als der Volksprotest etwas abnahm. Umso wichtiger, dass sich der Bundesrat diesen Mittwoch unwiderruflich gegen neue AKW und für ein Ausstiegskonzept ausspricht. Ausstieg ist eine Frage des Primats der Politik gegenüber angeblichen ökonomischen Sachzwängen – angeblich nur schon aufgrund der gigantischen Staatshaftung, von der die Atombetreiber zum Nulltarif profitieren. Die Politik muss jetzt auf Energiesparen, Energieeffizienz und gezielte Förderung erneuerbarer Energien setzen. Jetzt müssen die Ressourcen für den Ausstieg umgelagert werden, Zuwarten provoziert die Stromlücke, die dauernd herbeigeredet wird.

Letzte Woche begannen die Grünen, Unterschriften für die Atomausstiegsinitiative zu sammeln. Sie bringt das Nötige auf den Punkt: Betrieb von AKW wird verboten, dafür sind Einsparungen, Effizienzsteigerung und Förderung erneuerbarer Energien umzusetzen; spätestens nach 45 Jahren Laufzeit werden alle Schweizer AKW abgeschaltet. Dies ist realistisch und mehrheitsfähig und basiert auf einem wirtschaftlichen Erfolgskonzept. Während der Atomstrom künstlich laufend verbilligt wird, brächten Investitionen in erneuerbare Energien bis zu 80 Prozent mehr Arbeitsplätze. Auf den Bundesrat kommt eine weitere dringliche Pende zu: Mühleberg muss sofort abgeschaltet werden. Das eidgenössische Nuklearinspektorat Ensi kann keine Sicherheitsgarantie mehr für Mühleberg bezüglich Kühlung abgeben, wenn der oberhalb gelegene Wohlensee-Staudamm bricht. Daher handelt das Ensi gesetzwidrig, lässt es Mühleberg am Netz. Eigentlich eine ungeheureliche Geschichte – zu Recht spricht der emeritierte Professor für Umweltrecht Heribert Rausch von Rechtsbeugung.

Carte blanche

Der Euro: Vom Politstar zum Klumpenrisiko

Von Rolf Weder*

In letzter Zeit wurde häufig von den «Grenzen des Bilateralismus» der Schweiz gegenüber der EU gesprochen. Die Schweiz müsse sich politisch stärker in die «dynamische EU» integrieren, heisst es aus Brüssel. Dabei wird übersehen, dass die Krise in der Europäischen Währungsunion eigentlich ein deutliches Warnsignal an die politische Integration in der EU aussendet – an die Tendenz, in zahlreichen Politikfeldern Kompetenzen und Verantwortung aus den Mitgliedsländern an die EU zu übertragen. Die EU-Politik will dies, wie so oft, nicht wahrhaben: Es wird viel gutes Geld Schlechtem nachgeworfen.

Auch die neuesten Medienberichte bestätigen es aber: Die Stabilisierung der Währungsunion ist noch nicht in Sicht. Eine Reihe von Mitgliedern der Europäischen Währungsunion ist und bleibt überschuldet und wird neu unterstützt (wie vor ein paar Tagen Portugal) oder in der Kreditwürdigkeit heruntergestuft (wie zum Beispiel am vergangenen Wochenende Italien). Das derzeit prominenteste Mitglied der Euro-Zone, Griechenland, mit einer Staatsverschuldung von rund 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurde zwar letztes Jahr mit einem Rettungskredit von über 100 Milliarden Euro gestützt. In den nächsten Tagen könnten aber weitere Massnahmen durch die EU mithilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) folgen. Die Finanzmärkte erwarten nämlich nicht, dass Griechenland aus seiner Staatsschuld selbstständig herauswachsen kann. Eine Umschuldung, indem auch die (privaten) Gläubiger zu einem teilweisen Schuldenverzicht bewegt würden, wird von immer mehr Beobachtern als notwendig erachtet, wie von Kennern der Materie von Anfang an betont. Ja, eigentlich sei sogar der geordnete Austritt Griechenlands aus der Währungsunion ins Auge zu fassen.

Wie wir in unserem neuen Buch «Von Rosinen und anderen Spezialitäten» zeigen, war der Euro schon immer der Liebling der Politik – ein «Politstar». Gleichzeitig ist er seit seiner Geburt ein ökonomisches Sorgenkind. Dies liegt, wie wir argumentieren, vor allem daran, dass die Politik nicht zur Kenntnis nimmt, was eine Währungsunion beinhaltet und bedeutet. Der Symbolwert des Euro war und ist ihr wichtiger.

Selbstverständlich bringt eine Währungsunion Vorteile – zum Beispiel, dass man beim Einkaufen die Währungen nicht mehr umrechnen muss. Sie bringt aber auch erhebliche Nachteile mit sich: Die Mitglieder müssen ihre Geldpolitik vollständig an die Zentrale (die Europäische Zentralbank) abgeben, und der Wechselkurs als Anpassungsmechanismus geht verloren. Zudem erhalten die Mitglieder einen Anreiz, sich auf Kosten der anderen kurzfristig zu bereichern (indem sie Staatsausgaben erhöhen und sich mit tiefen Zinsen aus der Währungsunion finanzieren). Die Schuldenpolitik der Mitglieder muss also überwacht werden. Sonst zahlen die anderen mit. Die Experten haben die Gefahren bei der politisch motivierten Gründung der Währungsunion 1999 nicht etwa übersehen. Der sogenannte Stabilitätspakt der EU verfolgte genau das Ziel, die Schul-

denpolitik der einzelnen Länder zu begrenzen. Und mehr noch: Die sogenannte No-Bail-out-Klausel verlangt, wie der Name sagt, dass im Überschuldungsfall eben kein Bail-out (das heisst keine solidarische Hilfe durch die anderen Mitglieder) stattfindet.

Wie wir heute wissen, hat die EU-Politik beide Prinzipien ignoriert. Mehr noch: Sie will künftig politische Integration durch enge Überwachung der Ausgaben- und Steuerpolitik der Länder vorantreiben und signalisiert mit der Schaffung eines Topfs von mehreren Hundert Milliarden Euro zugleich, dass man Länder, die sich zu stark verschulden, unterstützen wird. Die Grundsatzfrage wird gar nicht aufgeworfen. Jene, die dies wagen, werden pauschal als gegenüber dem Frieden in Europa undankbare Zeitgenossen hingestellt – wie wenn dem Euro das Verdienst für Frieden und Stabilität in Europa zukommen würde. Trotz Hilfe wächst der Widerstand in der griechischen Bevölkerung gegen die Sparmassnahmen. Wie werden wohl die Bewohner in den anderen Ländern darauf reagieren? Man vergleiche diese Situation mit einem «Bilateralismus»: nationale Währungen in Kombination mit existierenden Institutionen wie dem IWF. Die Griechen und andere Länder der EU wären in diesem Fall vom Markt frühzeitig in ihrer Schuldenwirtschaft zur Räson gezwungen worden, weil sie diese nur

Wer die Grundsatzfrage nach dem Euro aufwirft, wird als gegenüber dem Frieden in Europa undankbarer Zeitgenosse hingestellt.

bei stark steigenden Zinsen hätten weiterführen können. Die griechische Währung hätte sich bei einer sich anbahnenden Überschuldung abgewertet, mit positiven Auswirkungen auf den griechischen Arbeitsmarkt. Wäre es trotzdem zur hohen Verschuldung gekommen, hätten rasch Umschuldungsverhandlungen mit einer Beteiligung allzu leichtsinniger Investoren stattgefunden.

Was ist also die Alternative zur Währungsunion? Die Antwort lautet ganz einfach: der Wettbewerb zwischen den Ländern – ein Multiwährungssystem. Länder dürfen weiterhin unterschiedliche Vorstellungen zur Geldpolitik (Inflation) sowie zur Schuldenpolitik haben und sie können sich unterschiedlich entwickeln. Die Länder tragen aber auch die Konsequenzen ihres Verhaltens selber. Die aufwendige Koordination entfällt. Es braucht weniger Kontrolle, und die Märkte sorgen in der Regel für rechtzeitige Signale an die Politik. Vielleicht stösst also weniger der Bilateralismus der Schweiz an Grenzen, sondern vielmehr die politische Integration der EU – und zwar nicht nur in der Geld- und Währungspolitik.

* Rolf Weder ist Professor für Wirtschaftswissenschaften am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum (WWZ) der Universität Basel.

Hick-up Elektronische Flöhe kosten

Von Martin Hicklin

Siegen kann zu teuer werden und das Tafelsilber gefährden. Das scheint auch der ETH-Rat so zu sehen, spätestens seit er letzte Woche an einem Zweitägigen «vertieft Finanzierungskonzepte diskutiert» hat. Als Aufsichtsorgan der vom Bund finanzierten Eidgenössischen Hochschulen und assoziierter Einheiten ist er ja auch für Strategie und Finanzen dieser Vorzeigeeinrichtungen zuständig. Deren Topf wird unter den neidischen Blicken kantonomer Universitäten zwar jedes Jahr anständig gefüllt, doch den Boden sieht man am Ende immer. Da schien eine wunderbare Botschaft, dass im Rahmen eines EU-Wettbewerbs Projekte der beiden ETH in den Rang «europäischer Flaggschiffe» (FET) erhoben werden könnten. Auf die solle, so die herrliche Aussicht, über zehn Jahre ein Geldregen von bis zu einer Milliarde Euro fallen, und so die angeblich welkende europäische Innovationslust neu aufkeimen lassen. Blöd nur und im frühen Jubel untergegangen ist dabei, dass die EU nicht nur aus eigener Kanne giessen, sondern die beteiligten Länder kräftig mitregnen lassen will. Halb und halb zum Beispiel.

Es könnte also ziemlich wehtun, wenn die Schweiz im Final 2012 gewinnt. Die Chancen sind absolut intakt. Nach der letzten Runde in Budapest Anfang Mai bleiben unter sechs finalisierten Projekten gleich drei der beiden ETH im Rennen: «Guardian Angels» will energieautonome Sensoren entwickeln, die als «elektronische Flöhe» je nach Ausstattung Blutzucker überwachen, zu viel Alkohol am Steuer oder Gefühlszustände melden und sogar vor Tsunamis warnen sollen. Das vom «Komplexitätsforscher» und ETH-Soziologen Dirk Helbing propagierte «FuturICT» will ein gigantisches Computermodell der lebenden Welt bauen und mit diesem «Wissensbeschleuniger» auch voraussagen können, wie sich Gesellschaften verhalten. Ein ziemlich hochfliegendes Ziel.

Auch das dritte Projekt kargt nicht mit grossen Versprechungen. Henry Markram von der ETH Lausanne, und dort hoch geschätzt, plant, als Verlängerung seines «Blue Brain»-Projekts in einem «Human Brain Project» das menschliche Gehirn im Grossrechner nachzubauen, was – so Markrams stolze Voraussage – in zehn Jahren zu schaffen sei. In silico liessen sich dann sogar Gehirnerkrankungen aufklären, Medikamente testen oder revolutionäre Rechner nach dem nassen Vorbild bauen, das so fantastische Leistungen unter der Schädeldecke erbringt. Bei solchen Prognosen machen auch Fachkollegen grosse runde Augen. «Wie soll ich daran glauben, dass man unser Gehirn nachbauen kann, wenn wir dessen Verschaltungen nur ungenügend kennen und sogar auf der Ebene einzelner Synapsen noch Hunderte von Fragen haben?», sagt dazu ein erfahrener Basler Neurophysiologe. Kritik kam gar von ETH-Professoren, weil über Markrams Ausgangsprojekt «Blue Brain» seltsam wenig publiziert sei. Das soll sich allerdings bald ändern, verspricht die Website.

«Mit Freude» habe der ETH-Rat von der neuen Wettbewerbslage Kenntnis genommen, liess er am Freitag mitteilen. Und klappert dazu laut mit den Zähnen. Es geht um viel Geld. Mit Infrastrukturen wie Grossrechnern sei man gern mit an Bord, doch wenn es «Bareinlagen» gehe, dürfen EU-Flaggschiffe nicht zulasten des Grundauftrags segeln, das müsse in der anstehenden politischen Debatte um die Finanzierung der Jahre 2013 bis 2016 diskutiert werden, meint ETH-Ratspräsident Fritz Schiesser. Mehr Geld also vom Bund, womöglich auf Kosten anderer Forscher? Da enden irgendwie die Visionen.

Basler Zeitung

National-Zeitung und Basler Nachrichten AG

Herausgeber. Moritz Suter

Chefredaktor. Markus Sommi (mso)

Stv. Chefredaktor. David Thommen (-en)

Chefredaktion.

Eugen Sorg (eso), Textchef –

Roland Harsberger (rh), Chef vom Dienst

Assistenz: Laila Abdel'Al

Politik. Dominique Burckhardt (db), Teamleitung –

Renato Beck (reb) – Claudia Biangetti (cbl) –

Stefan Boss (sbo) – Timm Eugster (te), Zürich –

Martin Furrer (mfu) – Willi Herzog (wh) –

Markus Wüest (mw)

Christian Mensch (cm), Leitung Bundeshaus –

Alan Cassidy (ac) – Philipp Loser (los) –

Markus Prazeller (pra)

Basel-Stadt. Patrick Marcolli (map), Leitung –

Valentin Kressler (vks), stv. Leitung – Natalie Grob

(ngr) – Dominik Heitz (hei) – Claudia Kocher (cko) –

Patrick Künzle (pak) – Peter Schenk (psc) – Ralph

Schindler (rs) – David Weber (daw) – Monika Zech (mz)

Baselland. Michael Rockenbach (rock), Leitung –

Georg Schmidt (gs), stv. Leitung –

Martin Brodbeck (-eck) – Peter de Marchi (pdm) –

Thomas Gubler (Gu) – Stefan Gyri (etg) – Franziska

Laur (ffi) – Susanna Petrin (spe) – Dina Sambar (dis) –

Kurt Tschan (kt) – Andreas Hirsbrunner (hi) –

Samuel Mattli (skm) – Katrin Roth (kr) –

Esther Ugolini (eu) – Peter Walther (wap)

Wirtschaft. Michael Heim (hec), Teamleitung –

Dieter Bachmann (dba) – Heiner Hiltnermann (heh),

Produktion – Rahel Koerfer (rak) – Daniel Schindler

(dan) – *Andreas Schwander (as) – Isabel Strassheim*

(isa) – *Daniel Zulauf (dz)*

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W.

Schmid (aws), stv. Leitung – Eva Breitenstein (eb) –

Oliver Gut (og) – Christoph Kieslich (ckk) –

Florian Raz (fra) – Dominic Willmann (dw) –

Tobias von Rohr (tvr)

Kultur. Christoph Heim (hm), Leitung – Sigfried

Schibili (bil), stv. Leitung – Miriam Glass (mgl) –

Marc Krebs (mac) – Stephan Reuter (sr) – Christine

Richard (chr) – Ursula Schneider (usr) – *Hannes*

Nüsseler (nü) – Stefan Strittmatter (mat)

Reporter. Mischa Hauswirth (hws) –

Jochen Schmid (js) – *Nadja Widmer (na)*

Volontariat. *Muriel Gnehm (mgn)*

Spezialseiten. Lebensart/Reisen/Essen&Trinken:

Ursula Schneider (usr)

Bildung: Markus Wüest (mw)

Mobil: Alfons Studer (ast)

Wissen: Valentin Amrhein

Beilagen/Projekte. Roland Harsberger (rh),

Benno Brunner (bb)

Leserbriefe/Gastbeiträge. Thomas Waldmann

(tw)

Autoren. Felix Erbacher (FE) – Hans-Peter Hammel

(-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Freddy Widmer (fw)

baz.ch. Karen N. Gerig (kng) –Joël Gernet (jg) –

Alexander Müller (amu)

Produktion/Gestaltung. Benno Brunner (bb),

Stv. Chef vom Dienst – Eva Neugebauer (ene) –

Nino Angiuli und Bettina Lea Toffol, Teamleitung

Gestaltung – Horst Ujak, Leitung Technik – Paul Graf

– Rebekka Heeb – Daniel Holliger – Christian Jenni

– Birgit Leifhelm – Reto Mastria – Johannes

Winterberg – *David Pümpin – Urs Rist – Juliane*

Rungger

Bildredaktion. Bernhard Vesco, Leitung –

Doris Flubacher – Melody Gygax

Fotografen: *Daniel Desborough – Elena Monti –*

Henry Muchenberger – Margrit Müller –

Roland Schmid – Mischa Christen

Bildbearbeitung. Holger Böhler – Nadine Borner

– Thomas Tanner

Korrektorat. Lesley Paganetti – Sabine Steinhart,

Teamleitung – Birgit Althaler – Aaron Bertoli –

Katharina Dillier Muzzolini – Martin Stohler –

Rosmarie Ujak

Sachbearbeitung. Irène Enzmann – Béatrice Frefel

– Anny Panizzi – Esther Staub – Ruth Widin

Inlandkorrespondenten. Seraina Gross (sgr),

Westschweiz – *Gerhard Lob (lo), Tessin – Markus*

Rohner (MR), Ostschweiz – Urs-Peter Inderbitzin (tzi),

Bundesgenicht

kursive Namen – ständige redaktionelle Mitarbeit

Auslandskorrespondenten. Ulrich Achermann

(Ach), Santiago de Chile – Roman Arens (RA), Rom

– Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borger

(bor), London – Andreas Ernst (ern), Belgad –

Paul Flückiger (flu), Warschau – Astrid Frefel (af),

Kairo – Hannes Gamillscheg (HG), Kopenhagen –

Willi Germund (wig), Bangkok – Inge Günther (ig),

Jerusalem – Jan Keetman (jke), Istanbul –

Martin Kölling (mkt), Tokio – Jutta Lietsch (jl), Peking

– Fritz Neumann (fnw), Wien – Dietmar Ostermann

(DO), Washington – Frank Räther (FR), Johannesburg

– Thomas Roser (tro), Belgad – Renzo Ruf (rr),

Washington – Stefan Schöll (sch), Moskau –

Pierre Simonitsch (sim), Genf – Benedikt Vogel (vo),

Berlin – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Dokumentation/Archiv. Roger Berger,

doku@baz.ch

CEO Basler Zeitung Medien. Roland Steffen

CFO Basler Zeitung Medien. Markus Herren

Leiter Verlag. Paul Herzog

Leiterin Lesemarkt und Vertrieb. Astrid Hofer

Leiter Werbemarkt. Harry Zaugg

Anzeigleitung. Alexandra Heinger

Abonnements-, Zustell- und Reklamations-

dienst. Montag bis Freitag von 6.30–18.00 Uhr,

Samstag von 7.00–14.00 Uhr, Tel. 061 639 13 13,

Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Zustellprobleme Sonntagszeitung

Tel. 044 248 64 40 oder 0800 808 014

Basler Zeitung Medien. Bekanntgabe namhafter

Beteiligungen: adicInsurance Services AG,

am [allmedia] ag, bc best connect ag,

Birkhäuser+GBC AG, bzm [werbe] ag,

Die Zeitungsdrucker Schweiz AG, Distriba AG,

Insertaunion AG, km [keymedia] ag,

Neue Fricktaler Zeitung AG, Radio Vision AG,

Restaurantsbetriebe Basler Zeitung AG,

Sa-Na Verlag AG

Abonnementspreise. Basler Zeitung

(inkl. 2,5% MWSt):

3 Monate Fr. 108.–, 6 Monate Fr. 204.–,

12 Monate Fr. 389.– (Ausland auf Anfrage),

Zuschlag für TV-Star Fr. 109.– pro Jahr

Redaktion. Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel,

Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 92,

redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Verlag. Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel,

Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Druck. Die Zeitungsdrucker Schweiz AG,

Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

BaZ am Aeschenschplatz. Aeschenschplatz 7,

4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

medienhaus@aeschen.ch

Todesanzeigen: todesanzeigen@bzwmzbeag.ch,

Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Schalter für Inserate und Tickets:

Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Samstag von 8.30 Uhr–12.30 Uhr

Büro Liestal. Basler Zeitung,

Mühlegasse 3, 4410 Liestal

Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Inserate Tel. 061 927 13 47, Fax 061 921 28 48

Büro Fricktal. Basler Zeitung, Postfach,

4310 Rheinfelden, Redaktion Tel. 061 831 73 73

Büro Laufental/Schwarzbubenland. Basler

Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel

Tel. 061 761 76 70, Fax 061 761 76 75

Inserate. Basler Zeitung Medien Werbe AG,

Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20

info@bzwmzbeag.ch, www.baz.ch

Reservationen/Technische Koordination.

Reto Kyburz

Annoncenpreis Basler Zeitung:

s/w oder farbig Fr. 4,25,

Basler Zeitung Gesamtausgabe (Freitag):

s/w oder farbig Fr. 5,70

Immofant: Fr. 3,69, Stellefant: Fr. 4,84

(mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)